# Ideen zur Verbesserung des Wirtschaftssystems

Florian Binder fb@java4.info

23. September 2011

#### Zusammenfassung

In dieser Hausarbeit wird unser aktuelles Wirtschaftssystem analysiert und auf dieser Basis Ideen zur Verbesserung entwickelt. Aufgeteilt ist sie in vier Bereiche. Zuerst wird unser aktuelles Wirtschaftssystem analysiert und ausgewählte positive und auch negative Punkte dargestellt. Danach wird das Finanzsystem kritisch betrachtet. Im dritten Teil wird aus der Natur ein wichtiges Prinzip zur Selbstregulierung bzw. Selbstbegrenzung hergeleitet. Im letzten Teil wird die Durchführbarkeit bzw. Finanzierbarkeit des Grundeinkommens, das zur Lösung der Probleme aus Teil eins fungieren soll, erörtert.

## 1 Unser Wirtschaftssystem

In Deutschland haben wir eine "soziale Marktwirtschaft". Das ist eine Mischung aus Kapitalismus und Sozialismus. Wobei es Kapitalismus mit ein bisschen Sozialismus treffender beschreibt.

In dem Workshop haben wir uns primär mit den Problemen unseres Wirtschaftssystems beschäftigt. Das Wirtschaftssystem hat uns jedoch, zumindest in Deutschland, auch viel Wohlstand gebracht. Aus diesem Grund werde ich hier zuerst einmal die positive Seite des Kapitalismus und seine Errungenschaften aufzeigen.

## 1.1 Die gute Seite

Nach der bedingungslosen Kapitulation im Jahre 1945 befand sich Deutschland in einem sehr schlechten Zustand: Hunger, Kälte, Mangelkrankheiten, Trümmerlandschaften. Da die Reichsmark nach dem Krieg weitestgehend entwertet war, entwickelte sich der Tauschhandel und die Schwarzmarktwirtschaft. Dies brachte jedoch keine wesentliche Verbesserung der Lage. Erst mit der Währungsreform vom 21. Juni 1948, der Einführung der DM, füllten sich schlagartig die Regale und

das Wirtschaftswunder begann. Zunächst fehlte es zwar noch an Kapital für Investitionen, das änderte sich jedoch schnell durch das starke Wachstum und den damit sprudelnden Gewinnen. Die Wirtschaft wuchs extrem schnell und schon nach kurzer Zeit konnte Deutschland nicht nur seine eigenen Notwendigkeiten befriedigen, sondern entwickelte sich zum Exportland. Der Wirtschaft ging es so gut und die Menschen hatten so viel, dass wieder ein Umlageverfahren für die Renten eingeführt werden konnte. Somit stieg der Wohlstand auch für die älteren Menschen, die nicht mehr arbeiten konnten.

Dieses Wirtschaftswunder wurde zwar durch ein paar Rezessionen und Krisen immer wieder gebremst, hat jedoch dazu geführt, dass Deutschland heute eines der wohlhabendsten Länder der Welt ist. Mit einem Sozialsystem, wodurch es den Armen in Deutschland besser geht als den Arbeitern in manchen anderen Ländern. Ein Gesundheitssystem, das viele gute Medikamente und Impfstoffe entwickelt hat. Die Medizin schafft es heute vielen Menschen weitere schöne würdevolle Lebensjahre zu ermöglichen.

Der Kapitalismus hat es also geschafft Deutschland von ganz unten, nach ganz oben zu bringen. Wichtige Elemente des Kapitalismus, die dazu beigetragen haben, waren:

Das Geld beschleunigt den Handel und reguliert die Produktion. Durch Angebot und Nachfrage werden die Preise bestimmt und somit auch die Gewinne. Gibt es von einer Ware nicht viel, die jedoch benötigt wird, steigt der Preis, obwohl die Produktionskosten konstant bleiben. Es steigt also auch der Gewinn und die Produktion wird lukrativer. Dadurch wird die Produktion gesteigert. Umgekehrt, wenn ein Produkt nicht mehr benötigt wird, sinkt die Nachfrage, damit der Preis und auch der Gewinn. Die Produktion ist also nicht mehr so lukrativ und wird automatisch reduziert. Das Geld reguliert also automatisch die Produktion, welche Waren mehr benötigt werden und welche weniger.

Die Eigeninitiative wird stark gefördert. Wer durch Eigeninitiative ein neues Produkt entwickelt, oder ein bestehendes verbessert, kann dieses auf dem freien Markt anbieten und schnell zu Geld machen. Somit kann er durch Eigeninitiative seinen persönlichen Wohlstand erhöhen. Dabei muss er nicht notwendigerweise eine Arbeit haben. Im Gegenteil, durch die Förderung von Eigeninitiative entstehen sogar neue Arbeitsplätze.

Gute Innovationen bekommen schnell Geld und werden dadurch gefördert. Vielversprechende Innovation werden wahrscheinlich mal viel Gewinn erzeugen. Dadurch sind sie für Investoren sehr interessant und bekommen leicht Geld. Mit dem Geld können sie sich schnell entwickeln und sind dadurch schnell auf dem Markt verfügbar.

**Große Motivation** durch monetäre Belohnung. Wer Arbeit leistet wird dafür in Form von Geld belohnt. Mit diesem Geld kann er sich seine Wünsche

erfüllen und erhöht somit seinen privaten Wohlstand. Im Endeffekt tut man sich also mit Arbeit selbst gut, was eine starke Motivation ist.

Schnelles Wachstum der Wirtschaft durch Finanzierung. Durch die Finanzierung können heute Waren gekauft werden, die ansonsten erst morgen gekauft werden könnten. Dadurch können auch heute schon neue Waren produziert werden, die sonst auch erst später produziert werden könnten. Weiter wird durch die Finanzierung bei Privatpersonen auch der Konsum erhöht und die Menschen haben heute schon das, was sie erst in der Zukunft zahlen müssen. Außerdem sorgen die Förderung der Eigeninitiative sowie guter Innovationen und die große Motivation der Menschen weiter für ein rasantes Wachstum der Wirtschaft.

Durch diese Elemente kann der Kapitalismus also sehr schnell in einem Land den Wohlstand von einem sehr niedrigen Niveau auf ein sehr hohes Niveau heben. Er ist also eine "Wohlstandsmaschine". Allerdings ist Wohlstand ein Zustand, der durch die Abwesenheit eines (materiellen) Mangels definiert ist. Genau so wie Sauberkeit ein Zustand ist, der die Abwesenheit von Schmutz bezeichnet. Und genau so, wie es sich nicht lohnt, eine Reinigungsmaschine in einem sauberen Raum laufen zu lassen, lohnt es sich nicht, eine Wohlstandsmaschine in einem Land mit hohem Wohlstand laufen zu lassen. Natürlich kann man das dennoch tun, um ein maximales Niveau an Sauberkeit bzw. Wohlstand zu halten, jedoch ist der Nutzen der Maschine um so geringer, je höher dieses Niveau bereits ist. Eine Reinigungsmaschine hat den größten Nutzen in einem verschmutzten Raum und der Kapitalismus hat den größten Nutzen in einem Land mit niedrigem Wohlstand.

Je mehr der Nutzen einer Maschine sinkt, desto mehr rücken die Nachteile in den Fokus und deshalb wenden wir uns jetzt den Problemen des Kapitalismus zu.

### 1.2 Probleme

Über die Probleme des Kapitalismus gibt es zahlreiche Literatur und eine vollständige Auflistung, wenn sie überhaupt möglich wäre, würde den Umfang dieser Arbeit bei weitem sprengen. Aus diesem Grund werde ich hier lediglich ein paar Probleme aufzählen. Der interessierte Leser findet in Gorz (2009) und Felber (2008) eine weitere sehr interessante, kritische Betrachtung des Kapitalismus. Außerdem möchte ich darauf hinweisen, dass Abschnitt 2 ebenfalls ein sehr großes Problem des Kapitalismus aufzeigt. Da das Finanzsystem meist als Rückgrat der Wirtschaft gesehen wird und ich das auch detaillierter behandle, habe ich es in einem separaten Abschnitt behandelt.

Nun einige Probleme des Kapitalismus, wie wir ihn heute haben:

Der Wachstumszwang ist wohl eines der gravierendsten Probleme des Kapitalismus. Die Menschen setzten sehr viel Kreativität dafür ein, um immer mehr Arbeit zu automatisieren und immer mehr Warenmengen mit immer weniger Arbeitsaufwand zu produzieren. Sie wollen den Arbeitsaufwand pro Produkteinheit und damit auch die Produktionskosten senken um den Gewinn zu erhöhen. Gleichzeitig möchte man jedoch Arbeitslosigkeit vermeiden und hält deshalb die Arbeitsleistung konstant. Konstante Arbeitsleistung bei sinkendem Arbeitsaufwand pro Produkteinheit hat zur Folge, dass immer mehr Waren produziert werden, welche auch konsumiert werden müssen. Die Wirtschaft muss also kontinuierlich wachsen, unabhängig davon, ob mehr Waren benötigt werden oder nicht. Dieser "Wachstum um des Wachstums willen ist die Ideologie einer Krebszelle", wie Edward Abbey es schrieb (Felber 2008, S. 258) und steht im Widerspruch zu der Natur, in der das Wachstum nur ein Mittel, um die optimale Größe zu erreichen ist (Felber 2008, S. 256).

Die Globalisierung der Unternehmen, ohne globale Staatsform, sorgt dafür, dass die Unternehmen mächtiger werden als die Staaten. Die Unternehmen suchen sich die Standorte, wo sie die profitabelsten Produktionsbedingungen haben. Das sind die, wo sie die niedrigsten Abgaben zahlen, wo der niedrigste Arbeitnehmerschutz herrscht und wo sie die Umwelt am meisten verschmutzen dürfen. Durch den globalen Handlungsspielraum zwingen sie die Länder in einen gegenseitigen Konkurrenzkampf um die besten/profitabelsten Standortbedingungen zu gehen. Durch diesen Konkurrenzkampf sind die Länder gezwungen ihre Sozialleistungen, Steuern und den Arbeitnehmerschutz immer weiter zu senken, um weiter lukrativ für die Unternehmen zu sein, die Arbeitsplätze bringen. Banken sind mittlerweile so groß, dass sie als "systemrelevant" gelten und somit um jeden Preis gerettet werden müssen. Dadurch können sie beliebige Risiken eingehen um ihre Gewinne zu vergrößern und im Bedarfsfall erpressen sie Staaten mit ihrer "Systemrelevanz", damit ihnen geholfen wird.

Die Bevölkerungsspaltung in Arme und Reiche wird gefördert. Dies geschieht zum einen durch die sehr ungleiche Einkommensverteilung (siehe Abbildung 1) und zum anderen durch die "selbständige" Vermehrung des Kapitals. Durch das Investieren von (Eigen-)Kapital in Betriebe und das daraus resultierende Einstreichen der Gewinne kann sich das Kapital selbständig vermehren. Schafft es also jemand mehr zu verdienen, als er ausgibt und kann etwas Kapital auf die Seite schaffen, wird er ohne etwas dafür tun zu müssen, von alleine immer reicher. Begünstigt wird das durch die Leistungsbewertung durch den freien Markt. Diese sorgt, wie man in Abbildung 1 gut erkennen kann, für extrem unterschiedliche Einkommen. In den USA

verdienen Manager im Schnitt das Fünfhundertfache ihrer Mitarbeiter, im Extremfall sogar das 195 000-fache. Vor vierzig Jahren war es noch das Fünfzigfache (Felber 2008, S. 142). Der Trend ist also klar steigend. Dabei ist jedem klar, dass die Manager mindestens genau so auf die Mitarbeiter angewiesen sind, wie diese auf ihre Manager. Alle sitzen in dem selben Boot und ziehen am selben Strang. Kein Mensch wird behaupten, dass der Manager fünfhundert mal so viel leistet wie ein Mitarbeiter. Er mag vielleicht mehr, länger und auch stressiger arbeiten, aber niemals fünfhundert mal so viel. Das ist einfach absurd. Diese Fakten beweisen eindeutig, dass der freie Markt bei der Leistungsbewertung versagt und für extrem unterschiedliche Einkommen sorgt. Dadurch gibt es einige Menschen, die es sehr einfach haben, Kapital auf die Seite zu legen und sich automatisch vermehren lassen und andere schaffen es gar nicht.

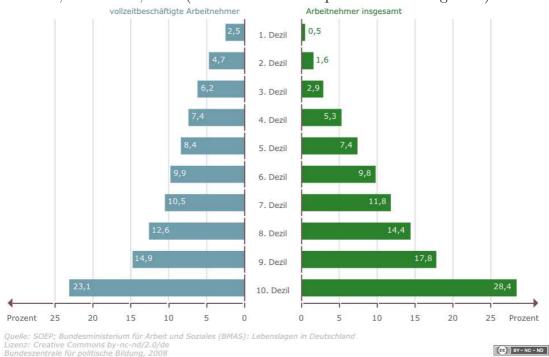
Des Weiteren haben wir in Deutschland durch unser Steuersystem noch eine Umverteilung von Arm zu Reich (Kirchhof 2011). Menschen mit hohem Einkommen können sich gute Steuerberater leisten und zahlen somit meist weniger Steuern. Außerdem muss der Staat jährlich ca. 12% seines Bundeshaushaltes für Zinsen ausgeben (Bundesministerium der Finanzen 2010). Diese 12% fließen also von den Abgaben aller Bürger zu den wohlhabenden Bürgern, die Geld übrig hatten und es dem Staat geliehen haben.

Wohlstandsreduktion durch Werbung. Wenn die Wirtschaft immer mehr wächst und immer mehr Waren hergestellt werden, müssen auch immer mehr Waren gekauft werden. Um dafür zu sorgen, dass die Menschen auch immer mehr Waren konsumieren, gibt es die Werbung. Die Werbung hat die Aufgabe, ein Produkt den Menschen schmackhaft zu machen, sie muss den Menschen klar machen, dass sie das Produkt brauchen. Also einen materiellen Mangel erzeugen. Wohlstand ist jedoch genau die Abwesenheit eines solchen Mangels (siehe Seite 3). Also sorgt die Werbung für eine Wohlstandsreduktion. Um auf den Vergleich mit der Reinigungsmaschine zurück zu kommen, wäre das, als ob man immer wieder Schmutz hinwirft, nur, damit die Reinigungsmaschine funktioniert und etwas zu tun hat.

Der Zentralverband der deutschen Werbewirtschaft (2011) hat gezeigt, dass das nicht nur ein bisschen ist. Demnach wurden 2010 ca. 29,53 Mrd Euro in Werbung investiert. Das ist ca. dreimal so viel, wie der Bund für Bildung und Forschung ausgibt. Natürlich werden manchmal auch sehr gute und hilfreiche Produkte beworben, die nützlich für den Menschen sind und die er auch davor schon wollte. Allerdings brauchen diese meist nicht viel Werbung, da sie sich durch Mund zu Mund Propaganda leicht selbst vermarkten und machen deshalb nur einen sehr kleinen Teil daran aus. Viel mehr ist für die Werbeintensität der Profit eines Produktes ausschlaggebend. Je höher der Profit eines Produktes, desto stärker wird es beworben.

Ausbeutung durch Gewinnstreben. Der Gewinn ist die Differenz zwischen dem Preis, zu dem ein Produkt verkauft wird und den Herstellungskosten. Dabei sind die Herstellungskosten die Kosten für die Rohstoffe bzw. Waren, die zur Herstellung benötigt werden und die Lohnkosten der Mitarbeiter. Um den Gewinn zu erhöhen, gibt es drei Möglichkeiten: 1. Die Absatzmasse zu erhöhen (Wachstum) 2. Die Preise erhöhen 3. Die Herstellungskosten senken. Ersteres erzielt man meist mit Werbung. Die anderen beiden Möglichkeiten führen zu der Ausbeutung. Das Erhöhen der Preise sollte zwar durch Angebot und Nachfrage geregelt werden, wird jedoch durch die Finanzierungsmöglichkeit verzerrt. Denn bei zu großem Angebot und zu geringer Nachfrage wird die Nachfrage nicht durch das senken der Preise, sondern durch das Anbieten einer Finanzierungsmöglichkeit erhöht. Dadurch können die Preise künstlich erhöht und hoch gehalten werden. Ausgebeutet werden in diesem Fall die Verbraucher, die meist noch mit den sogenannten 0%-Finanzierungen gelockt werden. Das senken der Herstellungskosten führt meist zu der Senkung der Lohnkosten und somit zur Ausbeutung der Mitarbeiter.

Abbildung 1: Anteile am Bruttoeinkommen aus unselbstständiger Tätigkeit nach Dezilen², in Prozent, 2005 (Bundeszentrale für politische Bildung 2008)



 $<sup>^2</sup>$ Dezil bedeutet, dass die Einkommen nach der Größe sortiert und danach in zehn gleich große (auf die Anzahl der Einkommen bezogene) Teile geteilt werden. Das 1. Dezil ist also die Einkommenssumme von den 10% der Erwerbstätigen mit dem niedrigsten Einkommen.

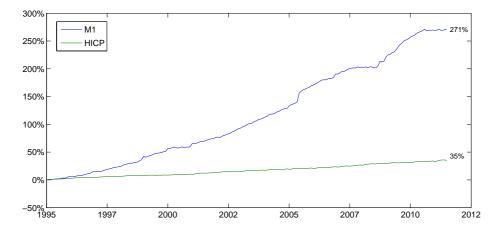
## 2 Das Finanzsystem

Beim klassischen Tausch von Ware gegen Ware musste man zwei Schwierigkeiten überwinden. Zum einen musste man jemanden finden, der die gewünschte Ware hat und zum anderen musste man selbst eine Ware haben, die derjenige gebrauchen konnte. Das wurde mit Einführung eines einheitlichen Tauschmittels deutlich vereinfacht. Die Idee war, dass jeder seine eigene Ware gegen eine bestimmte Ware, das Tauschmittel, tauscht. Dadurch kam jeder in den Besitz von dem Tauschmittel und hatte somit immer etwas, das die anderen gebrauchen konnten. Die zweite Schwierigkeit fiel weg und es genügte jemanden zu finden, der die gewünschte Ware hat.

Voraussetzung dafür ist, dass es genug von dem Tauschmittel gibt, so dass jeder etwas davon besitzen kann. Es sollte eine gewisse Haltbarkeit haben, damit man es aufbewahren kann ohne, dass es gleich wertlos wird. Außerdem darf es nichts sein, was jeder einfach herstellen kann. Denn wenn jeder schneller das Tauschmittel, als seine Ware herstellen kann, produziert natürlich jeder nur noch das Tauschmittel.

Heutzutage ist unser Tauschmittel das Geld. Durch die künstliche Herstellung und die theoretisch unendlich feine Aufteilung ist es möglich, dass jeder etwas davon haben kann. Die private Herstellung von Geld wird durch gewisse Sicherheitsmerkmale auf dem Geld erschwert und ist zudem gesetzlich verboten. Die Haltbarkeit ist praktisch unendlich und der Wert des Geldes spiegelt sich in der Inflation wider. Im Gegensatz zu Gold, Zigaretten oder Lebensmitteln ist Geld ein künstliches Tauschmittel, dessen Wert einzig und allein in dem Glauben daran, dass man es in etwas anderes eintauschen kann, besteht. Durch diese künstliche Herstellung hat das Geld auch die Eigenschaft, dass es sich "selbständig" vermehren kann, was jedoch die Gefahr einer Entwertung des Geldes birgt.

Abbildung 2: Entwicklung der Geldmenge M1 im Vergleich zu dem Preisindex HVPI im Euro-Raum



In Abbildung 2 ist die Entwicklung der Geldmenge im Vergleich zu der Entwicklung der Preise dargestellt. Dabei ist besonders auffällig, dass sich die Geldmenge um 271% und die Preise nur um 35% erhöht haben. Auf diesen Unterschied wird in diesem Abschnitt näher eingegangen. Dazu wird zuerst in Abschnitt 2.1 erklärt, wie sich das Geld überhaupt vermehrt und was die Folgen davon sind. In Abschnitt 2.2 wird die Inflation und damit der Wert des Geldes genauer betrachtet.

### 2.1 Wie sich das Geld vermehrt

Im Zeitraum von Januar 1995 bis Juni 2011 hat das Geldvolumen<sup>3</sup> im Euro-Raum um 271% zugenommen (European Central Bank 2011). Das wirft eine ganze Menge an Fragen auf:

- 1. Woher kommt das neue Geld?
- 2. Wer hat jetzt das Geld?
- 3. Was für Auswirkungen hat das?
- 4. Was sind die Probleme dabei?

Um die Frage 1 zu klären, schauen wir uns die Funktionsweise der Banken an. Zwei Aufgaben einer Bank sind die Depotfunktion und die Finanzierungsfunktion (Gabler Verlag 2011). D.h. zum einen bewahren sie aktuell nicht benötigtes Geld auf und zum anderen verleihen sie Geld, wenn es jemand braucht, der keines hat. Diese zwei Aufgabenbereiche passen perfekt zusammen und sorgen in Kombination für die "Entstehung" von "neuem Geld". Wie genau das funktioniert wird an folgendem Beispiel klar:

Wir betrachten eine kleine Welt mit nur einer Bank und drei Personen A, B und C. Person A verkauft Autos zum Preis von 100 Euro. Angenommen Person A hat schon ein Auto verkauft und besitzt 100 Euro. Die beiden anderen haben erst einmal nichts. Somit gibt es insgesamt 100 Euro. Da A momentan nicht weiß, was er für die 100 Euro kaufen soll, bringt er sie zur Bank. Wenn jetzt B ein Auto kaufen möchte, muss er, da er selbst keine 100 Euro hat, bei der Bank nach einem Kredit fragen. Diese stellt fest, dass sie die 100 Euro hat und leiht sie B. Jetzt hat B 100 Euro und kann sich bei A ein Auto kaufen. Dadurch wandern die 100 Euro wieder zu A, der sie wieder zur Bank bringt. Möchte jetzt C auch ein Auto kaufen, kann er, wie B, bei der Bank 100 Euro leihen. Die 100 Euro gibt er A und bekommt dafür ein Auto. A ist wieder ein vernünftiger Bürger und bringt die 100

<sup>&</sup>lt;sup>3</sup>Geldvolumen M1: Sichteinlagen der Nichtbanken sowie der gesamte Bargeldumlauf

Euro zur Bank. Somit hat A drei mal 100 Euro bei der Bank eingezahlt. Also hat er jetzt 300 Euro. B und C haben immer noch nichts. Insgesamt gibt es jetzt also 300 Euro.

Das Beispiel ist natürlich vereinfacht. In Wirklichkeit darf die Bank nicht die kompletten 100 Euro wieder verleihen, sondern muss einen gewissen Prozentsatz, die Eigenkapitalquote, davon behalten. Dadurch ist der Prozess, der Geldvermehrung, zwar begrenzt, das ändert jedoch nicht wirklich etwas daran. Außerdem wurde vernachlässigt, dass A auch Kosten für die Produktion der Autos hat. Allerdings macht er das nur, wenn er einen Gewinn erzielen kann. Er wird also auch einen gewissen Teil von den 100 Euro wieder bei der Bank einzahlen. Dies sorgt dafür, dass der Effekt zwar etwas gebremst wird, aber er bleibt trotzdem weiter bestehen.

Um Frage 2, wer das Geld jetzt hat, beantworten zu können, schauen wir uns den Stand am Ende des Beispiels an. Da hat A 300 Euro und B und C jeweils ein Auto, aber auch 100 Euro Schulden. Also ist der Gewinner eindeutig A. Er hat ein profitables Geschäft und durch die künstliche Gelderzeugung wurde dafür gesorgt, dass die Nachfrage nicht aufhört und seine Gewinne immer weiter sprudeln. Für B und C war es auch ein "gutes Geschäft". Sie standen unter keinerlei Zwang und haben sich somit aus freiem Willen heraus für das Geschäft entschieden. Also kann man davon ausgehen, dass für sie das Auto subjektiv einen höheren Wert, als die 100 Euro Schulden bei der Bank hat. Klingt so also ganz gut. Das Problem an der Sache sind nur die Schulden. Denn B und C sind gezwungen zu einem gewissen Zeitpunkt die 100 Euro zurück zu zahlen. Diese müssen sie sich jedoch verdienen. Verdienen durch Arbeit, die A nützt, denn nur A hat Geld und deshalb muss die Arbeit, die B und C verrichten von A bezahlt werden. Deshalb hat A es in der Hand, ob B und C ihre Schulden zurück zahlen können, oder nicht. Da diese aber von der Bank und dem Staat, durch die Gesetzte, gezwungen sind ihr Schulden zurück zu zahlen sind sie gezwungen für A zu arbeiten. Sie sind also bei der Arbeitswahl nicht mehr frei und können leicht ausgebeutet werden. Wenn zum Beispiel A jetzt nur noch harte Arbeit zu Hungerlöhnen anbietet, was er durchaus machen kann, weil er hat ja schon viel Geld und ist deshalb nicht mehr darauf angewiesen Geld zu verdienen, sind B und C gezwungen diese Arbeit zu den von A diktierten Bedingungen anzunehmen. Überspitzt könnte man sagen die Finanzierung sorgt für die Gewaltenteilung der Ausbeutung. Die Unternehmen beuten aus und die Banken bzw. der Staat sorgen für den nötigen Druck, dass die Menschen auch mit machen.

Die Auswirkungen (Frage 3) sind Umverteilungen. Das Geld wird von den Reichen, die es übrig haben, zu den Armen, die es brauchen, um verteilt. Gleichzeitig wird jedoch die Freiheit von den Armen zu den Reichen um verteilt, denn die Armen sind gezwungen zu arbeiten um die Schulden zurück zahlen zu können und die Reichen brauchen nicht mehr unbedingt arbeiten, weil sie ja genug Geld auf der Seite haben.

Die Probleme (Frage 4) dabei sind neben dem Freiheitsverlust der Armen die Gefahr eines sogenannten Bankrun. Denn in Wirklichkeit gibt es weiterhin nur die ursprünglichen 100 Euro. Die Bank verspricht A jedoch ihm 300 Euro zu geben, wann immer er sie möchte. Das macht sie jedoch nur, weil sie weiß, dass das so viel ist, dass er es sehr wahrscheinlich nie auf einmal, sondern immer nur einen kleinen Teil davon, abholen wird. Solange er das auch macht und immer wieder (von B und C) Geld eingezahlt wird funktioniert das alles auch gut. Vorausgesetzt A glaubt daran, dass sein Geld bei der Bank sicher ist. Sollte er einmal Angst bekommen und sein gesamtes Geld abheben wollen kann die Bank das nicht machen und geht pleite. Das System würde zusammen brechen.

Äußerst gefährlich dabei ist die positive Rückkopplung (siehe auch Abschnitt 3). Denn das ganze funktioniert nur so lange, solange alle daran glauben (dass ihr Geld bei der Bank sicher ist). Je mehr nicht mehr daran glauben und ihr Geld abholen, desto wahrscheinlicher ist es, dass die Bank pleite geht. Es werden also noch mehr Menschen Angst bekommen, den Glauben daran aufgeben, und ihr Geld abheben. Dies ist auch der Grund für die umfassende Einlagengarantie, die Frau Merkel 2008 den Bürgern in Deutschland gab (Welt online 2008). Obwohl klar war, dass der Bund mit einem Haushalt von ca. 300 Mrd. Euro niemals für alle Spareinlagen von ca. 800 bis 1200 Mrd. Euro einstehen kann gab sie dieses Versprechen um den Glauben an das System zu stärken. Denn dieser Glaube darf niemals fallen, sonst bricht das gesamte System zusammen. Doch ob es wirklich sinnvoll ist, das Vertrauen an das System mit einer Lüge zu verstärken, bleibt offen.

### 2.2 Inflation

Nach der Deutschen Bundesbank (2011) bezeichnet Inflation einen über mehrere Perioden anhaltenden Anstieg des Preisniveaus. Wichtig dabei ist, dass sich der Preisanstieg auf alle Waren bezieht. Ein Preisanstieg bei nur einem einzigen Gut bezeichnet man nicht als Inflation. Zur Messung der Inflation gibt es verschiedene Preisindices, sie unterscheiden sich in der Zusammenstellung, des "Warenkorbes", also an den Waren, deren Preise beobachtet werden. Der harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI) wird von dem statistischen Amt der Europäischen Gemeinschaft (Eurostat) errechnet und dient dem Eurosystem in erster Linie als Maßstab für die Geldwertentwicklung im Euro-Raum.

Nach der Quantitätstheorie besteht zwischen der Geldmenge und dem Preisniveau ein direkter Zusammenhang (Bundeszentrale für politische Bildung 2009). Dieser Zusammenhang wird in Form der Quantitätsgleichung

$$G \cdot U = H \cdot P \tag{1}$$

dargestellt. Dabei ist G die Geldmenge, U die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes, H das Handelsvolumen und P das Preisniveau. Da das Handelsvolumen

mit dem BIP eine sehr große Korrelation hat kann man Näherungsweise statt dem Handelsvolumen auch das BIP nehmen. Wir betrachten wieder den Zeitraum von Anfang 1995 bis Juni 2011 und den gesamten Euro-Raum. In diesem Zeitraum hat sich die Geldmenge<sup>4</sup> um den Faktor G=3,71, das Preisniveau<sup>5</sup> um den Faktor P=1,35 und das BIP<sup>6</sup> um den Faktor H=1,81 verändert (European Central Bank 2011). Die Quantitätsgleichung (1) aufgelöst nach der Umlaufgeschwindigkeit U ergibt

$$U = \frac{H \cdot P}{G} = \frac{1,81 \cdot 1,35}{3,71} \approx 0,66.$$
 (2)

Die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes hat sich also in dem Zeitraum von Januar 1995 bis Juni 2011 um ca. ein Drittel reduziert. Die Menschen geben jetzt also im Durchschnitt weniger aus und sparen mehr. In Abschnitt 2.1 haben wir jedoch gesehen, dass sich das Geld auf Grund von Finanzierungen vermehrt. Gehen wir jetzt davon aus, dass keiner sich Geld leiht, wenn er selbst genügend Geld hat, so folgt daraus, dass es viele Menschen gibt, die weiterhin ihr gesamtes Einkommen (und durch die Finanzierung sogar noch mehr) ausgeben. Die extreme Vermehrung der Geldmenge lässt darauf schließen, dass das ein nicht all zu kleiner Teil der Bevölkerung ist. Dies passt auch zu dem subjektiven Eindruck, den man in Einkaufsläden oder in der Werbung bekommt. Überall werden einem diese lukrativen 0%-Finanzierungen angeboten. Teilweise stehen nur noch die monatlichen Raten als Preis und der Gesamtpreis nur noch irgendwo im Kleingedruckten.

Wenn sich jedoch die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes bei einem Teil der Bevölkerung nicht verändert hat, im Durchschnitt jedoch deutlich sank, heißt das, dass sie bei dem anderen Teil der Bevölkerung um so mehr sank. Die Reichen geben also immer weniger aus, verdienen (durch das selbständige vermehren des Geldes) immer mehr und häufen dadurch immer mehr Geld an. Somit ist die Trickle-down-Theorie (auch als Pferdeäpfeltheorie bekannt (Felber 2008, S. 28)) von Ronald Reagans widerlegt. Allerdings hat die sinkende Umlaufgeschwindigkeit auch etwas Gutes, denn wie in Abschnitt 2.1 gezeigt wurde, dürfen/können die Reichen ihr Geld nicht auf einmal ausgeben und das ganze funktioniert nur solange sie auch immer nur ein bisschen davon ausgeben. Es ist also auch für das ganze System notwendig, dass die Umlaufgeschwindigkeit sinkt. Ein großes Problem dabei ist jedoch, dass, wie auch in dem Abschnitt gezeigt wurde, die Armen Menschen darauf angewiesen sind, dass die Reichen ihr Geld ausgeben. Ansonsten können sie nicht genug verdienen um ihr Schulden zurück zu zahlen.

 $<sup>^4\</sup>mathrm{SDW}\text{-}\mathrm{Series}\text{-}\mathrm{Key}\text{: }\mathrm{BSI.M.U2.Y.V.M10.X.1.U2.2300.Z01.E}$ 

<sup>&</sup>lt;sup>5</sup>SDW-Series-Key: ICP.M.D0.N.XE0000.4.INX

<sup>&</sup>lt;sup>6</sup>SDW-Series-Key: ESA.Q.U2.N.0000.B1QG00.1000.TTTT.V.U.A

## 3 Negative Rückkopplung zur Selbstregulierung

In der Natur kann man beobachten, dass sie wunderbare Mechanismen zur Selbstregulierung hat. Würde sich zum Beispiel die Anzahl der Löwen schlagartig verzehnfachen, so wird bei ihnen die Nahrung knapp und sie reduziert sich automatisch wieder. Umgekehrt, wenn es nur noch einen Löwen gibt, kann sich die Nahrung ungestört Vermehren und somit verbessert sich auch die Voraussetzung für eine Vermehrung der Löwen.

In unserem Wirtschaftssystem gibt es keinerlei solcher Mechanismen. Im Gegenteil, wir versuchen mit unseren starren Gesetzen und Regelungen das System zu beherrschen. Das führt dazu, dass wir uns ständig damit beschäftigen müssen, die optimalen Grenzen herauszufinden. Durch die extreme Dynamik des Systems sind wir dazu gezwungen diese Grenzen laufend zu überwachen und immer wieder neu anzupassen. Das ist in einer Demokratie ein sehr zeitintensiver Prozess, da immer wieder neu darüber debattiert werden muss. Zeit, die in der Politik besser dafür verwendet werden sollte um neue, aktuelle Probleme zu lösen. Ein Beispiel dafür ist Hartz IV. Dort ist nach vielen verschiedenen Kriterien bis ins kleinste Detail genau festgeschrieben wer, wann, wie viel bekommt. Vernachlässigt wurde jedoch die Abhängigkeit zur Geldquelle, dem Einkommen der Arbeitnehmer, und der Anzahl an Arbeitslosen. Das hat zur Folge, dass die Hartz IV Sätze ständig neu angepasst werden müssen. Laufend gibt es hitzige Diskussionen darüber, wie viel jetzt gerecht wäre. Das mag zwar zum Teil auch eine Grundsatzdiskussion über die gerechte Verteilung sein, kann jedoch nie mit fixen Beträgen dauerhaft beendet werden. Denn selbst wenn es mal zu einer Einigung kommen würde, sieht es nach ein paar Jahren wieder ganz anders aus.

Eine weitere noch größere Gefahr besteht in der Unabhängigkeit von der Finanzierung. Jedem ist klar, dass Harz IV nur gezahlt werden kann, wenn es genügend Leute gibt, die arbeiten und genügend Abgaben zahlen. Sollte es in einer Krise vermehrt Arbeitslose geben, brechen auf der einen Seite die Einnahmen weg und auf der anderen Seite steigen die Ausgaben. Das führt schnell zur Zahlungsunfähigkeit der Arbeitslosenversicherung, was eine Katastrophe wäre.

Also müsste die Höhe von Hartz IV auf jeden Fall von den Einnahmen abhängen, auch wenn es dadurch eventuell zu Senkungen kommen könnte. Sicherlich werden jetzt einige argumentieren, dass Hartz IV schon am unteren Existenzminimum ist und man es deshalb nicht noch weiter absenken darf. Aber was bringt einem der Anspruch, wenn es nicht ausgezahlt werden kann? Dann doch lieber etwas weniger, aber man bekommt es. Außerdem würde das auch eher zu dem Solidaritätsprinzip passen. In guten Zeiten, wo es viel Arbeit gibt, profitieren alle davon und in schlechten Zeiten muss jeder den Gürtel enger schnallen. Also:

Regelungen müssen auf jeden Fall direkt von ihren Voraussetzungen abhängen.

In der Regelungstechnik versteht man unter Rückkopplung einen Mechanis-

mus, der abhängig von dem Resultat bzw. der Abweichung von dem Resultat zum Sollwert die Regelung beeinflusst. Dabei unterscheidet man zwischen positiver Rückkopplung, auch Mitkopplung genannt, und negativer Rückkopplung, auch Gegenkopplung genannt. Bei der positiven Rückkopplung wird der Effekt verstärkt. Ein Beispiel dafür sind Börsencrashs. Bei einem Börsencrash werden Aktien verkauft. Dadurch sinkt der Kurs und noch mehr Menschen verkaufen, aus Angst, ihre Aktien. Dadurch sinkt der Kurs noch weiter. Der Kurs ist also durch den Markt positiv rückgekoppelt. Bei der negativen Rückkopplung ist es genau umgekehrt. Dem Effekt wird durch die Rückkopplung entgegengewirkt. Die obige Löwenpopulation ist zum Beispiel durch ihre Nahrung negativ rückgekoppelt. Wie in dem Löwen-Beispiel neigen negative Rückkopplung meist entweder zum Einnehmen einer stabilen Lage oder zu mehr oder weniger abklingenden Schwingungsverhalten um einen stabilen Mittelwert. Also:

Negative Rückkopplung sorgt für die Selbstregulierung.

Anzustreben sind also negativ rückgekoppelte, von den Voraussetzungen abhängige Regelungen.

### 4 Das Grundeinkommen

Es gibt unzählige Artikel, Bücher und auch Filme über das Grundeinkommen. Dabei liegt jedoch der Fokus meist nur auf den Vorteilen, die es bringt. Nur selten wird auf die Finanzierbarkeit und somit auch die Realisierbarkeit eingegangen. Deshalb möchte ich mich in diesem Abschnitt auf die Finanzierbarkeit konzentrieren.

Ziel des Grundeinkommens ist es, jedem Bürger bedingungslos ein Einkommen zu zahlen. Dieses Geld, was der Staat seinen Bürgern ausschütten möchte, muss er jedoch zuerst einmal besitzen. Um an Geld zu kommen hat er folgende Möglichkeiten:

```
Erwirtschaften (4.1)
```

Herstellen/Drucken (4.2)

Mehrwertsteuer (4.3)

Einkommensteuer (4.4)

Diese Möglichkeiten kann er jederzeit kombinieren. Ich möchte sie jetzt dennoch erst einmal getrennt von einander betrachten:

#### 4.1 Erwirtschaften

Durch Erwirtschaften das Grundgehalt zu finanzieren bedeutet, dass der Staat das Geld, das er ausschüttet auch wieder einnehmen muss. Oder andersherum formuliert, kann der Staat das, was er erwirtschaftet, als Grundeinkommen ausschütten. Mal angenommen, das Ziel ist es, ein Grundeinkommen zur Finanzierung einer Wohnung (Miete) und den benötigten Lebensmitteln auszuschütten. Dann müsste der Staat ein Wirtschaftsvolumen, das der Verstaatlichung aller Wohnungen und der Lebensmittelindustrie gleich kommt, haben. Es würde also eine extrem hohe Verstaatlichung der Wirtschaft mit all den bekannten Problemen zur Folge haben.

## 4.2 Herstellen/Drucken

Auch wenn es unserem Staat momentan nicht erlaubt ist, Geld zu drucken, möchte ich es dennoch mal annehmen. Dabei möchte ich auch davon ausgehen, dass die Inflation proportional zu der im Umlauf befindlichen Geldmenge ist. Also wenn sich die Geldmenge verdoppelt, verdoppeln sich auch die Preise und das Geld ist de facto nur noch halb so viel Wert. Um ein, auf die Kaufkraft bezogenes, konstantes Grundeinkommen zahlen zu können, muss es also proportional zu der vorhandenen Geldmenge sein. Beispielsweise könnte man sagen, man druckt die sich in Umlauf befindliche Geldmenge nochmal und verteilt sie gleichmäßig auf alle Bürger. Das hätte zur Folge, dass sich der Kaufwert des Geldes mit jeder Ausschüttung halbiert. Jeder würde versuchen, möglichst kein Geld zu besitzen bzw. es möglichst schnell wieder ausgeben. Es würde also ein extrem verschwenderischer Konsum statt finden und wahrscheinlich würde sich nach kurzer Zeit eine andere Ware (z.B. Gold) als Tauschmittel durchsetzen. Außerdem ist in diesem Fall die Auszahlung des Grundeinkommens völlig unabhängig von der Wirtschaft und es könnte deshalb auch passieren, dass die Wirtschaft komplett zum Erliegen kommt. Was bringt es einem, wenn man laufend Geld bekommt, es aber keine Waren gibt, die man sich davon kaufen kann?

#### 4.3 Mehrwertsteuer

Ein sehr verbreiteter und beliebter Ansatz ist es das Grundeinkommen über die Mehrwertsteuer zu finanzieren. Unter anderem wird diese Methode in dem Film "Grundeinkommen" (Häni und Schmidt 2008) vorgeschlagen. Die von Susanne Wiest gestartete Petition, die am 8. November 2010 vor dem Petitionsausschuss im Bundestag diskutiert wurde, verwendet ebenfalls zur Finanzierung die Mehrwertsteuer (Parlamentsfernsehen 2010).

Das Problem bei dieser Art der Finanzierung ist nur, dass die Steuer dort erhoben wird, wofür das Grundeinkommen gedacht ist. Bei dem Konsum. Nehmen wir, wie in dem Film von Häni und Schmidt (2008), an, dass ein Drittel des

Preises für das Grundeinkommen ist. Gehen wir weiter davon aus, dass immer die gesamten Einnahmen als Grundeinkommen gleichmäßig auf die Menschen ausgeschüttet werden. Wenn wir jetzt wollen, dass jeder ein Grundeinkommen zur Finanzierung seines notwendigen Lebensunterhaltes (also Miete, Lebensmittel, etc.) bekommen soll, heißt das, dass insgesamt dreimal so viel konsumiert werden muss, wie notwendig. Denn das Grundeinkommen soll genau diese Notwendigkeiten abdecken, es kommt jedoch nur ein Drittel davon - die Mehrwertsteuer - wieder zum Staat zurück. Das können natürlich nur die, die ein weiteres privates Einkommen haben. Den Angaben des Filmes nach sind das momentan 4 von 10. Gehen wir davon aus, dass sich das durch die Einführung eines Grundeinkommens nicht verändern würde. Dann müssten diese 4 von 10 Menschen 6 mal so viel konsumieren, wie für den Lebensunterhalt notwendig ist, denn

$$Konsum = 3 \cdot GE = \frac{6}{10} \cdot GE + \frac{4}{10} \cdot 6 \cdot GE.$$

Wobei GE für die Höhe des Grundeinkommens, was dem Lebensunterhalt entspricht, steht.

Nehmen wir weiter an, dass auf Mieten keine MWSt. sind und diese ca. ein Drittel der Lebensunterhaltskosten ausmachen, dann würde das bedeuten, dass die mit einem zusätzlichen Einkommen ca. 10 mal so viel konsumieren müssen, wie notwendig. Dabei ist mit konsumieren nicht das Verbrauchen von Waren, sondern das Ausgeben von Geld für Waren gemeint. In Anbetracht der teuren Feinkost- und sonstigen teureren Waren halte ich das durchaus noch für machbar. Zumal die zusätzlichen Einkommen meist noch auf mehrere Familienmitglieder aufgeteilt werden. Viel interessanter ist der relative Vergleich der Einkommen. Wenn die mit dem zusätzlichen Einkommen 10 mal so viel konsumieren müssen, wie die ohne, müssen sie auch 10 mal so viel verdienen. Dass sie das können ist klar, da die restlichen zwei Drittel des Preises einer Ware an sie in Form von Löhnen ausbezahlt werden. Das bedeutet aber, dass das Grundeinkommen bei 10% des (Netto-)Durchschnittslohnes liegt.

Eine MWSt. in Höhe von 1/3 würde also nicht reichen. Das ist aber auch nicht schlimm, da man sie einfach erhöhen kann, bis die gewünschte Relation zum Durchschnittslohn erreicht ist. Man kann damit die Grundeinkommen-Durchschnittslohn-Relation beliebig fixieren. Das "Leben in der Mitte der Gesellschaft", wie es Frau Wiest möchte (Parlamentsfernsehen 2010, 49. Minute), wäre dennoch nicht möglich. Jeglicher Verdienst kommt zusätzlich zu dem Grundeinkommen und somit ist das Grundeinkommen immer das Minimum und bedeutet ein Leben am unteren Ende der Gesellschaft.

Ein Problem bei dieser Art der Finanzierung ist die positive Rückkopplung bzw. die negative Selbstregulierung. Geht die Anzahl der Menschen, die ein zusätzliches Einkommen verdienen, zurück, sinkt der Konsum stark, da sie, zur Finanzierung mehr konsumieren mussten. Wenn der Konsum nachlässt, sinken die MWSt.-Einnahmen und folglich auch das Grundeinkommen. Also haben die

Menschen weniger zum Ausgeben und der Konsum sinkt noch weiter. Mit dem Sinken des Konsums sinkt die Nachfrage und die Firmen benötigen immer weniger Arbeiter. Es geht in einer Spirale bergab. Auf der anderen Seite, wenn der Konsum steigt, steigt das Grundeinkommen und somit, haben die Menschen mehr zum Ausgeben, was den Konsum noch mehr steigert.

Jetzt muss ich noch einer Stelle in dem Film (Häni und Schmidt 2008, 82. Minute) widersprechen. Dort wird behauptet, dass die Lohnkosten nur noch 1/6 statt 1/2 des Preises ausmachen. Das würde jedoch voraussetzen, dass die Steuern und der Anteil für das Grundeinkommen unabhängig von den Lohnkosten sind. Das stimmt aber nicht. Da sowohl die Steuern, als auch der Beitrag für das Grundeinkommen prozentual angegeben sind, hängen sie auch von den Lohnkosten ab. Das heißt, wenn die Lohnkosten steigen, steigt auch der Steuer- und Grundeinkommensanteil. Der mathematische Beweis ist:

Preis = Infrastruktur + Waren + Lohn + Grundeinkommen + Steuer.

Dabei gilt

$$Grundeinkommen = Steuer = Infrastruktur + Waren + Lohn = \frac{1}{3} \cdot Preis.$$

Also

Preis = 
$$3 \cdot (Infrastruktur + Waren + Lohn)$$
  
=  $3 \cdot Infrastruktur + 3 \cdot Waren + 3 \cdot Lohn$ .

Deshalb machen die Löhne  $3 \cdot 1/6 = 1/2$  aus. Also genau so viel, wie bisher.

#### 4.4 Einkommensteuer

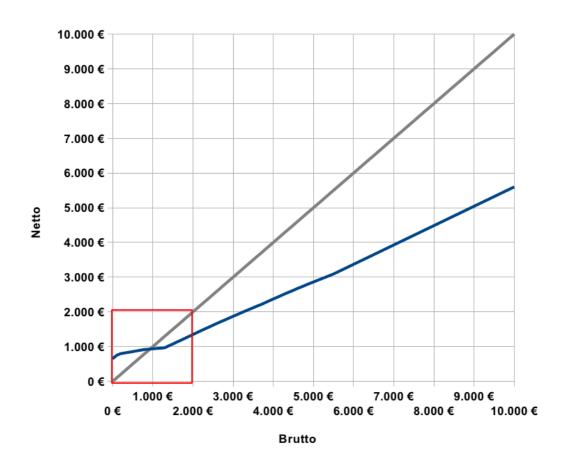
Schon Friedmann (2006, 227-231) hatte 1962 die Idee, das Grundeinkommen (er nannte es "negative Einkommensteuer") über die Einkommensteuer zu finanzieren. Dabei ist jedoch zu beachten, dass sich bei dieser Finanzierungsart die Bedeutung ändert. Es wird nicht mehr an jeden zusätzlich und unabhängig seines Einkommens bezahlt, sondern es ist eine Transferleistung von den hohen Einkommen zu den niedrigen Einkommen bzw. denen, die kein Einkommen haben. Im Grunde genommen funktioniert es so ähnlich wie unser jetziges Sozialsystem.

Generell problematisch an dieser Art der Finanzierung ist, dass sie sich auf die Arbeit abstützt und gleichzeitig die Arbeitslosigkeit ermöglicht. Dadurch läuft man die Gefahr, dass immer mehr immer weniger oder sogar gar nicht arbeiten.

Die Finanzierung über die Einkommensteuer diskutiert man am Besten an der Brutto-/Netto-Kurve. Die Brutto-/Netto-Kurve zeigt den Netto-Lohn in Abhängigkeit des Brutto-Lohnes. In Abbildung 3 ist die aktuelle Brutto-/Netto-Kurve

dargestellt (blaue Kurve). Dabei sind im unteren Bereich die Sozialleistungen (Hartz IV) berücksichtigt. Die graue Linie ist der Brutto-/Netto-Verlauf ohne Steuern und ohne Sozialleistungen oder Grundeinkommen (also Netto=Brutto). Sie ist nur zum Vergleich da. Natürlich ist die Höhe unserer aktuellen Sozialleistungen sehr von den individuellen Bedürfnissen abhängig. Deshalb soll die Kurve lediglich als grober Richtwert dienen.

Abbildung 3: Aktuelle Brutto-/Netto-Kurve (Ruhrpiraten 2011)



Ein Grundeinkommen bedeutet in diesem Fall, dass wenn man null Brutto verdient, dass man nicht null Netto, sondern das Grundeinkommen bekommt. Also fängt die Brutto-/Netto-Kurve für das Grundeinkommen nicht bei null, sondern bei dem Grundeinkommen an. Umgekehrt kann man sagen, dass wenn die Brutto-/Netto-Kurve nicht bei null anfängt, es ein Grundeinkommen gibt. Von daher haben wir in Deutschland, durch unsere Sozialhilfen, bereits ein Grundeinkommen, auch wenn dieses an gewisse Bedingungen geknüpft ist. Es zeigt jedoch, dass auf diese Art und Weise eine Finanzierung möglich ist und es im Prinzip nur noch um die Bedingungen und die Höhe geht.

Bevor wir jedoch auf die Bedingungen und die Höhe näher eingehen, möchte ich ein paar Anmerkungen zu der Brutto-/Netto-Kurve machen:

Die Steigung ist ein Maß für den monetären Anreiz zu Arbeiten. Denn je höher sie an einem Punkt ist, desto mehr bekommt man Netto raus, wenn man Brutto mehr verdient. Dabei bedeutet eine Steigung von eins, dass man jeden Euro, den man Brutto mehr verdient auch Netto mehr bekommt. Bei einer Steigung von weniger als eins muss man von jedem Euro, den man mehr verdient etwas abgeben und bekommt somit etwas weniger. Bei einer Steigung von mehr als eins bekommt man noch mehr, als man zusätzlich verdient.

Die Fläche zwischen der Brutto-/Netto-Kurve und der Brutto=Netto-Kurve ist ein Anhaltspunkt für die Finanzierung. Ist die Brutto=Netto-Kurve über der Brutto-/Netto-Kurve, bedeutet das, dass man Netto weniger bekommt, als man Brutto verdient, also der Staat Einnahmen hat. Ist die Brutto=Netto-Kurve unter der Brutto-/Netto-Kurve, legt der Staat noch zu dem Brutto was dazu und hat somit Ausgaben. Dabei kann man jedoch nicht nur einfach die Flächen vergleichen, sondern muss auch noch die Einkommensverteilung berücksichtigen. Abbildung 1 zeigt, dass in Deutschland die Einkommensverteilung sehr ungleich ist. Außerdem sind in Deutschland momentan nur 41,13 Mio. erwerbstätig (Bundesagentur für Arbeit 2011). Knapp die Hälfte hat also gar kein Einkommen.

Der Abstand zwischen der Brutto-/Netto-Kurve und der Brutto=Netto-Kurve (senkrecht) ist genau die Höhe der Abgaben bzw. des Staatszuschusses. Da das Brutto-Einkommen meist als "verdient" bzw. "hart erarbeitet" angesehen wird, werden hohe (relative) Abgaben meist als ungerecht empfunden.

Betrachten wir nun mit diesen Kriterien die aktuelle Brutto-/Netto-Kurve (Abbildung 3). Dabei fällt uns auf, dass im unteren, zu finanzierenden, Bereich die Kurve sehr flach ist. Erst später, wenn sie unter der Brutto=Netto-Kurve ist, steigt die Steigung sprunghaft und sie bleibt, bis auf einen leichten Knick, nahezu gerade und geht ins Unendliche. Es gibt also keine Begrenzung. Weiter fällt auf, dass die Fläche der Ausgaben sehr klein, im Vergleich zu der Fläche der Einnahmen, ist. Dies ist notwendig, weil, wie oben bereits erwähnt, knapp die Hälfte der Bevölkerung überhaupt kein Einkommen hat und somit sich sehr viele Leute in dem Ausgabenbereich befinden.

Problematisch an dieser Kurve ist die sehr niedrige Steigung im unteren Bereich. Das erklärt auch die vielen "Arbeit muss sich lohnen" Kampagnen und Debatten. Möchte man jedoch im unteren Bereich eine größere Steigung haben setzt das voraus, dass die Kurve entweder weiter unten anfängt, also das "Grundeinkommen" bzw. die Sozialhilfe noch niedriger werden, oder aber die Fläche bei der Ausgabenseite vergrößert sich. Weiter ist bei höheren Einkommen die Kurve

gerade und ermöglicht somit nicht nur ein unbegrenztes Einkommen, es motiviert auch noch mit der konstant hohen Steigung dazu.

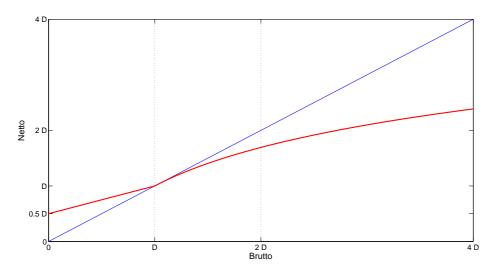


Abbildung 4: Brutto-/Netto-Kurve

In Abbildung 4 möchte ich meine LinLog-Umverteilung (rote Kurve) als eine Alternative zu der jetzigen Brutto-/Netto-Kurve vorstellen. Sie setzt sich aus einem linearen Teil zur sozialen Absicherung und einem logarithmischen Teil zur Einkommensbesteuerung zusammen. Dabei ist besonders, dass im Ausgabenbereich eine konstante Steigung von 1/2 herrscht. Also jeder Euro, den man dort verdient, wird je zur Hälfte zum Reduzieren der Ausgaben und zur Hälfte zum Erhöhen des Nettoeinkommens verwendet. Danach, bei D, wo Brutto gleich Netto ist, geht die Kurve logarithmisch weiter. Je mehr man also verdient, desto niedriger wird die Steigung und desto mehr muss man abgeben. Dabei ist noch besonders, dass bei D, die Kurve eine Steigung von eins hat und ab dort laufend abnimmt. Bei 2D hat sie nur noch eine Steigung von 1/2. Wobei D so gewählt wird, dass es finanzierbar ist, die Ausgaben also genau so groß sind, wie die Einnahmen. Dass dies Möglich ist, wird klar, wenn man sich überlegt, was passiert, wenn D immer weiter Richtung null geht. Im Extremfall, wenn D=0 ist gibt es kein Grundeinkommen und somit auch keine Ausgaben. Je größer D wird, desto größer werden die Ausgaben und desto geringer werden die Einnahmen. Also gibt es ein D genau so, dass die Einnahmen genau die Ausgaben decken.

Da diese Kurve nicht linear und somit auch nicht additiv ist hat der Betrachtungszeitraum einen erheblichen Einfluss auf die Kurve. Es macht einen Unterschied, ob man die monatlichen Einkommen oder die Jahreseinkommen betrachtet. Wobei die Verwendung der Jahreseinkommen wahrscheinlich besser geeignet ist, da dort kleinere (monatliche) Schwankungen nicht so sehr ins Gewicht fallen und sie dadurch konstanter und zuverlässiger ist.

Tabelle 1: LinLog-Umverteilung mit D = 23000

	Menschen	Verteilung	Brutto	Netto	Gesamt
	(in 1000)	(in %)	$(in \in)$	$(\mathrm{in} \in)$	(in Mrd. $\in$ )
Erwerbslose	40.630	0	0	11.500	467
1. Dezil	4.110	0,5	2.300	12.700	52
2. Dezil	4.110	1,6	7.400	15.200	62
3. Dezil	4.110	2,9	13.400	18.200	75
4. Dezil	4.110	5,3	24.500	24.400	100
5. Dezil	4.110	7,4	34.100	32.100	132
6. Dezil	4.110	9,8	45.200	38.500	159
7. Dezil	4.110	11,8	54.400	42.800	176
8. Dezil	4.110	14,4	66.400	47.400	195
9. Dezil	4.110	17,8	82.100	52.300	215
10. Dezil	4.110	28,4	131.000	63.000	259

In Tabelle 1 ist diese LinLog-Umverteilung näherungsweise für D=23000dargestellt. Dies entspricht einem Grundeinkommen von 11.500 Euro im Jahr, also knapp 1.000 Euro monatlich. Für die Berechnung wurde das Volkseinkommen 2010 in Deutschland von 1.897 Mrd. Euro (Statistisches Bundesamt 2011) auf die Dezile der Erwerbstätigen umgelegt. Dabei wurde, wie auch schon weiter oben, verwendet, dass 41,13 Mio. Menschen in Deutschland erwerbstätig sind (Bundesagentur für Arbeit 2011). In der ersten Spalte steht die Bezeichnung der Einkommensgruppe. In der zweiten Spalte steht die Anzahl der Menschen, die in dieser Gruppe sind. In der dritten Spalte steht der Anteil dieser Gruppe am Volkseinkommen (Bundeszentrale für politische Bildung 2008). Diese Angaben beziehen sich zwar auf das Jahr 2005, sollen jedoch für eine grobe Näherung reichen. In der vierten Spalte steht das aus dem Volkseinkommen und der Verteilung resultierende Bruttoeinkommen. In der fünften Spalte steht das Nettoeinkommen nach der LinLog-Umverteilung. Zum Schluss steht in der letzten Spalte noch die Gesamtsumme, also Anzahl der Menschen in der Gruppe multipliziert mit dem Nettoeinkommen. Summiert man die letzte Spalte auf, kommt man auf 1.892 Mrd. Euro. Dies ist etwas kleiner als das Volkseinkommen, also wäre es nach dieser Rechnung möglich. Die vierte und fünfte Spalte wurden zur besseren Darstellung auf Hunderter gerundet. Es wurde jedoch mit den genauen Werten weiter gerechnet.

Auffällig dabei ist, dass die Nettoeinkommen nach der Umverteilung viel dichter zusammen liegen als die Bruttoeinkommen. Es herrscht also mehr Gleichheit. Weiter auffällig ist, dass die aus dem zehnten Dezil mehr als die Hälfte abgeben. Durch die logarithmische Form gibt es also einen hohen Spitzensteuersatz. Dieser geht sogar so weit, dass die Nettoeinkommen praktisch begrenzt sind. Denn selbst bei einem Bruttojahreseinkommen von einer Mrd. Euro würden nur noch

ca. 269 Tausend Euro Netto übrig bleiben. Allerdings kann jeder immer noch mehr verdienen. Selbst der, der schon ein Einkommen von einer Mrd. Euro hat, sieht von jedem Euro, der mehr dazu kommt, einen gewissen Teil, auch wenn dieser extrem klein ist. Auf der anderen Seite ist es für Menschen mit keinem oder sehr geringem Einkommen sehr lukrativ, ihr Einkommen zu erhöhen, weil von jedem Euro, den sie mehr verdienen, die Hälfte auch direkt in die eigene Tasche gehen.

Problematisch dabei sind die sehr hohen Abgaben bei den Spitzenverdienern. Dies würde dazu führen, dass die monetäre Motivation, also die Motivation die durch das bekommen von noch mehr Geld entsteht, nahezu null ist. Die Motivation der Menschen, zu arbeiten, verändert sich und die Arbeitsanreize müssen von wo anders kommen. Dadurch wird sich wahrscheinlich die Zahl der Erwerbstätigen und die Bruttoeinkommensstruktur extrem verändern, weshalb man nicht behaupten kann, dass es funktioniert, nur weil die Rechnung in Tabelle 1 aufgeht.

### 5 Fazit

Der Kapitalismus kann, sofern die Voraussetzungen passen, in sehr kurzer Zeit für ein sehr schnelles Wachstum der Wirtschaft sorgen. Er ist eine Wohlstandsmaschine, die in der Vergangenheit sehr gut funktioniert und uns viel Wohlstand gebracht hat. Dafür sollten wir ihm auch dankbar sein. Jetzt sind wir allerdings an einem Punkt mit sehr hohem Wohlstand angelangt. Die Begrenztheit des Wohlstandes sorgt dafür, dass die Wohlstandsmaschine jetzt nicht mehr viel bewirken kann. Aus diesem Grund treten immer mehr die Probleme des Kapitalismus, die teilweise auch durch den aktuell sehr hohen Wohlstand entstanden sind, in Vordergrund. Dabei sind wohl die zwei schlimmsten Elemente zum einen das ständige rücksichtslose Gewinnstreben und zum anderen die immer weiter ausartende Finanzierungen. Dadurch bekommen wir, wie man fast schon täglich in den Nachrichten hört, immer öfter immer größere Finanzkrisen, die den Glauben an das Geld erschüttern und eventuell auch komplett zerstören können. Der Glaube an das Geld ist jedoch die Basis unseres gesamten Lebens. Sollte dieser Glaube einmal zusammenbrechen, d.h. das Geld nicht mehr als Tauschmittel akzeptiert werden, würde unsere komplette Wirtschaft schlagartig zum Erliegen kommen, was wahrscheinlich auch katastrophale soziale Folgen hätte. Aus diesem Grund versucht die Regierung auch Tag für Tag diesen Glauben zu schützen. Sie gibt sogar Versprechen, die sie nicht halten kann und wirft mit den Milliarden, die auch nur geliehen sind, nur so um sich. Das Problem ist allerdings, wie in Abschnitt 2 beschrieben, systemisch und kann deshalb mit solchen "Rettungsaktionen" nicht behoben werden. Es ist, als würde man einen See vor dem Austrocknen retten wollen, in dem man das Wasser von der einen Seite zur anderen pumpt. Dabei stellt man das Rohr schön auf, dass das Wasser schön rein plätschert und auch ja jeder sieht, wie viel Wasser man rein pumpt. Im Endeffekt bringt es aber nichts,

eher im Gegenteil beschleunigt es die Austrocknung noch.

Wir haben dank dem Kapitalismus einen extrem hohen Wohlstand. Dennoch steigt die Anzahl der psychischen Erkrankungen Jahr für Jahr. Die Menschen werden also nicht glücklicher. Das zeigt deutlich, dass Wohlstand alleine nicht glücklich macht. Um glücklich zu sein bedarf es neben der Befriedigung der materiellen Bedürfnisse auch noch die Befriedigung weiterer persönlicher Bedürfnisse. Diese teile ich in soziale und spirituelle Bedürfnisse auf. Zu den sozialen Bedürfnissen gehören zum Beispiel Liebe und Anerkennung, zu den spirituellen der persönliche Sinn des Lebens oder Religion. Der Kapitalismus befriedigt jedoch nur die materiellen Bedürfnisse. Die anderen Bedürfnisse werden nicht befriedigt, sondern nur dafür genutzt, das Wachstum weiter voran zu treiben. So verspricht die Werbung zum Beispiel mit der Schaffung sogenannter Statussymbole soziale Anerkennung durch materiellen Konsum. Ein weiteres Beispiel ist die "Liebe zum Automobil". Die spirituellen Bedürfnisse werden durch die "Aufklärung" unterdrückt. Weiter steht der Kapitalismus sogar im Widerspruch zu der Befriedigung der sozialen Bedürfnisse. Auch der Kriminalpsychiater Reinhard Haller meint, dass "Persönlichkeitsstörungen - wenn man besonders verbissen, gefühllos, egozentrisch oder narzisstisch ist – vorzügliche Charaktereigenschaften zum Karrieremachen sind" (Der Standard 2006). Es werden also genau die Eigenschaften gefördert, die im Gegensatz zur Befriedigung der sozialen Bedürfnisse stehen.

Unser Wirtschaftssystem ist jetzt also zum einen instabil, birgt große Risiken und zum anderen macht es die Menschen eher unglücklicher, als glücklicher. Es ist also an der Zeit, sich mit neuen Ideen zu befassen. Dabei sollte man jedoch darauf achten, dass man die positiven Aspekte des Kapitalismus nicht gänzlich abschafft. Das Geld, für einen einfachen Handel, die hohe Bereitschaft zur Eigeninitiative und die Förderung guter Innovationen möchte man sicherlich weiter beibehalten, um den Fortschritt nicht abzuschaffen. Die Motivation hingegen ist etwas sehr individuell verschiedenes und deshalb gibt es dort sicherlich, neben der puren monetären Belohnung, noch viele gute Möglichkeiten, die es zu fördern lohnt. Felber (2010) setzt zum Beispiel mehr auf die intrinsische Motivation, also die Motivation, die die Menschen von inne heraus antreibt. Bei seiner Gemeinwohl-Ökonomie entsteht sicherlich auch eine große Motivation durch das Glücksgefühl, das man durch das "etwas für Andere tun" bekommt. Wichtig bei der Motivation ist auf jeden Fall das Ziel. Bisher ist das einzige Ziel das Wirtschaftswachstum. Deshalb ist ein sehr positives Resultat des Kapitalismus auch das schnelle Wachstum, vorausgesetzt die Wirtschaft ist noch klein und kann noch wachsen. Dies ist nämlich der positive Punkt, auf den wir jetzt, auf Grund unseres sehr hohen materiellen Wohlstandes und unserer riesigen Wirtschaft, verzichten können. Wenn wir auch die daraus resultierenden Probleme mit einbeziehen, müssen wir sogar darauf verzichten.

In Abschnitt 2 wurden die großen Probleme, die aus der Finanzierung resultieren, gezeigt. Andererseits ermöglichen Finanzierungen oftmals die Gründung von Unternehmen oder beschleunigen die Produktion von guten Innovationen.

So muss ein Produkt, bevor es verkauft werden kann, zuerst einmal hergestellt werden. Dafür benötigt man die Rohstoffe, die Mitarbeiter und die Produktionsmittel. Diese müssen jedoch meist schon vor dem Verkauf des fertigen Produktes bezahlt werden. Bis zur Fertigstellung und dem Verkauf des (ersten) Produktes herrscht also ein Geldmangel. Erst mit dem Verkauf des Produktes kommt Geld in das Unternehmen. Dazu kommt oftmals noch eine gewisse Unsicherheit, ob man das Produkt überhaupt verkauft oder wie viel man davon verkauft und zu welchem Preis. Momentan wird dieses Problem durch Beteiligungen bzw. Fremdfinanzierungen gelöst. Bei den Beteiligungen gibt ein Investor am Anfang sein Geld und sichert sich dafür ein Anteil an den zukünftigen Erlösen der Produkte. Bei der Fremdfinanzierung gibt die Bank am Anfang einen Kredit, sprich sie gibt das Geld, das andere Menschen momentan nicht brauchen und ihnen zur Aufbewahrung anvertraut haben. Dieser Kredit muss nach einer gewissen Zeit, die meist am Anfang fest definiert wird, zurückbezahlt werden. Dabei kommt noch eine Gebühr, die Zinsen dazu. Bei der Beteiligung übernehmen die Investoren also auch das Risiko, wie viel Erlös durch den Verkauf der Produkte gemacht wird, werden dadurch aber auch an dem Erlös beteiligt. Bei der Fremdfinanzierung bleibt das Risiko fast vollständig im Unternehmen, dafür muss das Unternehmen aber auch nur ein kleine Gebühr zahlen. Möchte man die Finanzierung, wegen den in Abschnitt 2 genannten Problemen, abschaffen, bleibt also nur noch die direkte Beteiligung. Diese hat jedoch immer noch das Problem, dass sich dabei das eingesetzte Kapital selbst vermehren kann. Möchte man deshalb die Beteiligungen auch noch abschaffen, muss man sich überlegen, wie man die Produktion finanziell ermöglicht, solange noch keine Produkte verkauft werden. Eine Möglichkeit dafür wären Termingeschäfte, also dass man die Produkte, bevor sie hergestellt werden, verkauft. Dadurch hat man am Anfang schon Geld für die Produktion und weiß auch schon, wie viel Produkte man mindestens verkauft. Das Risiko besteht in dem Fall in der Abschätzung der Produktionsdauer und des Produktionsaufwandes, das das Unternehmen vollständig trägt. Umgekehrt könnte ein solches Termingeschäft auch darin bestehen, dass die Rohstoffe, Mitarbeiter und Produktionsmittel erst mit dem Erlös des Produktes bezahlt werden.

Das Grundeinkommen ist an sich eine gute Sache, wie jedoch gezeigt wurde ist die Finanzierung nicht ganz einfach. Die einzige wirklich funktionierende Finanzierung ist die über die Einkommensteuer. Die Rechnung bei der Mehrwertsteuer geht zwar auf, jedoch birgt die positive Rückkopplung eine zu große Gefahr. Eventuell könnte man eine Finanzierungskombination aus Einkommensteuer und Mehrwertsteuer verwenden. Ein wichtiger Punkt, der hier nicht aufgegriffen wurde, ist die Rente. Soll zusätzlich zu dem Grundeinkommen noch eine Rente bezahlt werden, oder nicht? Ist es fair, wenn man den Rentnern ein größeres Grundeinkommen zahlt als den jüngeren? Oder sagt man, das Grundeinkommen reicht zur Grundabsicherung im höheren Alter und alles, was die Menschen darüber hinaus mehr haben wollen, sollen sie sich privat an sparen? Dies würde eine Kombination aus Umlageverfahren und Rücklagenverfahren für die Rente

bedeuten, was den Vorteil hätte, dass die Risiken beider Verfahren vermischt und somit in Summe gesenkt werden. Auf der anderen Seite der Finanzierung sollten die Empfänger des Grundeinkommens dankbar dafür sein. Dabei ist mit dankbar nicht die Dankbarkeit im Sinne der Bereitschaft, es vergelten zu wollen gemeint, sondern Dankbarkeit durch Wertschätzung. Dies bedeutet den behutsamen und bewussten Umgang damit und wenn es einem persönlich zu wenig ist muss man sich eben durch persönlichen Einsatz etwas dazu verdienen und nicht einfach durch Klagen mehr fordern.

Die Motivation für die LinLog-Umverteilung bestand nicht nur darin das Grundeinkommen finanzieren zu können, sondern auch darin, die immer weiter auseinander gehende Schere zwischen Arm und Reich zu bändigen. Dies ist besonders wichtig, da mit dem Unterschied zwischen Arm und Reich auch die sozialen Spannungen innerhalb der Gesellschaft wachsen, was den sozialen Frieden gefährdet, wie man zuletzt in London sehen konnte (Die Süddeutsche 2011). Ob man dieses Problem mit einer reinen Umverteilung in den Griff bekommt ist jedoch fraglich. Mit unseren aktuellen Werten und Ansichten wäre die Akzeptanz einer solchen extremen Umverteilung wahrscheinlich nicht so hoch. Die Menschen sind (durch den Kapitalismus) zu egoistisch und geizig und nehmen die Abgaben (Steuern) als etwas unfaires wahr. Zudem sehen sie in der Verwendung der Steuern nichts Gutes. Besonders die momentanen hohen Ausgaben für Rettungspakete werden als Verschwendung gesehen und ernten Unverständnis. Dadurch werden die Abgaben von dem "hart erarbeiteten" Einkommen immer mehr als etwas negatives und sinnloses gesehen. Wichtig wäre also, zuerst einmal den Menschen wieder zu zeigen, dass die Abgaben etwas Gutes sind. Sie sind ein Beitrag zum Gemeinwohl. Leider steht dieses Gemeinwohl momentan aber sehr im Widerspruch zu den Zielen des Kapitalismus. Deshalb wäre zuerst einmal ein grundsätzliches Umdenken notwendig. Felber (2010) fährt in seiner "Gemeinwohl-Ökonomie" einen solchen, sehr interessanten, grundsätzlich anderen Ansatz. Dieser Ansatz basiert auf ganz anderen Werten und hat das "Gemeinwohl" als Ziel. Dabei ist die Umstellung eine große Schwierigkeit, denn Werte und Ziel eines Wirtschaftssystems hängen voneinander ab, wie Henne und Ei. Das eine impliziert das andere und umgekehrt. Deshalb ist es schwer herauszufinden, wo man am Besten ansetzen sollte.

Der Kapitalismus erzeugt Wohlstand, wie das Feuer Wärme, er braucht dazu Wachstum und das Feuer muss sich ausbreiten. Man kann seine Wohnung anzünden, wenn es zu kalt ist. Genauso wie das Feuer sich ausbreiten muss, um bestehen zu können und es so, auf die Dauer, die gesamte Wohnung zerstören wird. Deshalb zündet heutzutage auch keiner mehr seine Wohnung an, sondern überall sind Warmwasser- oder Stromheizungen installiert. Diese heizen zwar nicht ganz so schnell, wie das Feuer, sorgen im Endeffekt aber für ein viel angenehmeres Raumklima. Um zu verhindern, dass der Kapitalismus unsere Wirtschaft nieder brennt, ist es höchste Zeit die Warmwasserheizung für die Wirtschaft zu entwickeln. Also Los!

### Literatur

- Bundesagentur für Arbeit (2011, 8). Monatsbericht August 2011.
- Bundesministerium der Finanzen (2010). Bundeshaushalt 2010 Finanzplan. URL http://www.bundesfinanzministerium.de/bundeshaushalt2010/pdf/finanzplan.pdf, (besucht am 12.09.2011).
- Bundeszentrale für politische Bildung (2008). Einkommensverteilung. URL http://www.bpb.de/files/VSPZOS.pdf, (besucht am 07.09.2011).
- Bundeszentrale für politische Bildung (2009). Quantitätstheorie. URL http://www.bpb.de/popup/popup\_lemmata.html?guid=C1BU36, (besucht am 12.09.2011).
- Der Standard (2006). "Die Droge heißt Einfluss und Macht". URL http://derstandard.at/2706384, (besucht am 15.09.2011).
- Deutschen Bundesbank (2011). Glossar: Inflation. URL http://www.bundesbank.de/bildung/bildung\_glossar\_i.php, (besucht am 12.09.2011).
- Die Süddeutsche (2011). Gespenstische Ruhe in London Randale in Manchester. URL http://www.sueddeutsche.de/politik/unruhen-in-grossbritannien-gespenstische-ruhe-in-london-randale-in-manchester-1.1129813, (besucht am 16.09.2011).
- European Central Bank (2011). Statistical Data Warehouse. URL http://sdw.ecb.europa.eu/, (besucht am 04.09.2011).
- Felber, C. (2008). Neue Werte für die Wirtschaft Eine Alternative zu Kommunismus und Kapitalismus (3 Aufl.). Deuticke.
- Felber, C. (2010). Gemeinwohl-Ökonomie. Deuticke.
- Friedmann, M. (2006). Kapitalismus und Freiheit (3 Aufl.). Piper Verlag.
- Gabler Verlag (2011). Gabler Wirtschaftslexikon, Stichwort: Bank. URL http://wirtschaftslexikon.gabler.de/Archiv/1390/bank-v7.html, (besucht am 24.08.2011).
- Gorz, A. (2009). Auswege aus dem Kapitalismus Beiträge zur politischen Okologie (1 Aufl.). Rotpunktverlag.
- Häni, D. und E. Schmidt (2008, 11). Film-Essay: Grundeinkommen. http://www.kultkino.ch/kultkino/besonderes/grundeinkommen.
- Kirchhof, P. (2011). "Wir verteilen von Arm zu Reich". URL http://www.faz.net/artikel/C30923/paul-kirchhof-im-f-a-s-gespraech-wir-verteilen-von-arm-zu-reich-30488466.html, (besucht am 09.09.2011).
- Parlamentsfernsehen (2010, 11). Petitionsausschuss zum bedingungslosen Grundeinkommen. http://dbtg.tv/cvid/851777.

- Ruhrpiraten (2011). Protokoll Ruhrpiraten Vortragsfolio vom 09.08.2011. URL http://wikimirror.piratenpartei-nrw.de/images/e/e3/Vortragsfolien-SP-essen.pdf, (besucht am 04.09.2011).
- Statistisches Bundesamt (2011). Einkommensverteilung. URL http://www.destatis.de/, (besucht am 14.09.2011).
- Welt online (2008). "Staat gibt Sparern größte Garantie der Geschichte". URL http://www.welt.de/wirtschaft/article2536348/Staat-gibt-Sparern-groesste-Garantie-der-Geschichte.html, (besucht am 12.09.2011).
- Zentralverband der deutschen Werbewirtschaft (2011). Analyse Deutscher Werbemarkt. URL http://www.zaw.de/index.php?menuid=98&reporeid=764, (besucht am 09.09.2011).